Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.70. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. Zur Neustadt: Hauptstr. 6, wie an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für die richtige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Fernsprechstelle Nr. 11

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang. Aufl. 54,000 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich **6 Wilsdruffer Strasse 6** (neben der Dresdner Bank u. vis-a-vis Hotel goldner Engel). **Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.**

Dresden, 1892.

Costümfabrik Max Jacobi
Dresden-A., Galeriestr. 26 (Telephon **389**)
liefert **Costüme** aller Nationen und Zeiten nach historischen Mustern leihweise und käuflich.
Effectuirung nach auswärts prompt.

Atelier für feine **Corsets** nach Maass, neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle. **Heinrich Plaul,** Dresden, **Wallstr. 25.**

Bernhard Heerklotz
Zahnkünstler
(sonst Dippoldiswaldaerplatz)
jetzt Pirnaischer Platz (Mohren-Apotheke)
Eingang: Johannesstrassen-Ecke.

Lodenjoppen, Havelocks, Kaisermäntel, Lodenhüte
in grösster Auswahl zu sehr billigen Preisen empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus **Tirol,** Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 13. Spiegel: Erzbischof von Stablewski, Handwerkerfrage. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen. Geh. Rath Dr. Reinhard, Jesuiten, Gewerbeverein, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Ein Erfolg." **Mittwoch, 13. Januar.**

Politik,

bearbeitet von Dr. Paul Liman in Dresden.

Es kann in gewissem Sinne als ein bezeichnendes Vorspiel zur Eröffnung der parlamentarischen Sessionen in Preußen und im Reiche betrachtet werden, daß der zum Leidwesen der deutschen Bevölkerung Posens und zum Entsetzen der nationalen Kreise ganz Deutschlands zum Erzbischof ernannte Herr von Stablewski gerade jetzt in Berlin weilt, um durch den Monarchen selbst vereidigt, durch den preußischen Kultusminister mit besonderem Glanze gefeiert zu werden. Es ist dieser Vorgang um so bezeichnender, als seit fünfundzwanzig Jahren eine derartige Gepflogenheit nicht in Geltung getreten ist. Man wird aber hieraus unschwer den schon anderwärts gezogenen Schluß erneuern können, daß der augenblickliche Stand der in Berlin befolgten Versöhnungspolitik gerade diejenigen Kreise am innigsten an das Regierungsherz treibt, die im nationalen Sinne am meisten abzubüßen haben. Man kann selbstredend den Polen keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie nehmen, was immer sie bekommen können, und wenn sie selbst die glatten Bahnen höfischer Intriguen nicht vermeiden, sobald es gilt, für ihre Absichten neue Erfolge zu sichern. Man wird die hohe Gunst, deren sich Herr von Koscielski in den maßgebendsten Kreisen Berlins zu erfreuen hat, ohne Weiteres für einen wichtigen Faktor der neuen Polenpolitik halten und selbst die überaus schwache Beweisführung der offiziösen Organe, wonach „auswärtige" Gründe die Preisgebung der deutschen Errungenschaften erzwingen sollen, hierauf zurückführen. Seitdem Graf Caprivi die wirthschaftlichen Abmachungen der Handelsverträge in gleich geheimnißvoller Weise durch Rücksichten der hohen Politik begründete, wird man einer derartigen Beweisführung um so größeres Mißtrauen entgegenzusetzen haben, als unseres Erachtens in den Zeiten des Fürsten Bismarck die hohe Politik stets Bahnen einzuschlagen wußte, auf denen eine Befragung des Auslandes über innerdeutsche Angelegenheiten absolut ausgeschlossen war.

Wenn die dem Erzbischof Stablewski erwiesenen Gunstbezeugungen die thatsächliche Umkehr von dem Geleise der Wilhelminischen Epoche besonders deutlich markiren, eine Umkehr, die ihren Lohn in dem Eintreten der Polen für die neuen Schiffsbauten finden dürfte, so deutet der Einfluß, welchen man neuerdings dem Centrum auf die Entwickelung unseres nationalen Lebens eingeräumt hat, darauf hin, daß nicht nur diplomatische, parteitaktische Erwägungen die Befruchtung des Klerikalismus herbeiführen, sondern daß die leitenden Kreise überhaupt von klerikalen Anschauungen erfüllt sind. Erst neuerdings wird dieses Reinstat in einer soeben erschienenen Broschüre „Bismarck und der Hof" auf die geheime Einwirkung des preußischen Finanzministers Miquel zurückgeführt, dessen alte Zuneigung zum Centrum trotz gewisser kulturkämpferischer Allüren ebenso außer Zweifel steht, wie die Thatsache, daß er die eigentliche Seele des neuen Kurses ist, in dessen Durchführung er bei dem Erzieher des Kaisers, Herrn Hinzpeter, sowie bei der sogenannten Frühstücksgesellschaft die wirksamste Unterstützung findet. Ob dieser Einfluß für Deutschland zum Segen gereichen kann, müssen wir füglich bezweifeln, auch wenn der neue Kurs die Gesetzgebungsmaschine mit einer Dampfkraft arbeiten läßt, die den Kessel der Lokomotive gar leicht in bedenkliche Gefahren bringen kann. Es will Manchem scheinen, als wenn die Hast, mit welcher man mit der „Bismarck'schen Erbschaft" aufzuräumen gesonnen ist, selbst im Interesse der „neuen Männer" etwas übergroß sei. Die Besorgniß wird auch dadurch nicht geringer, daß die ultramontanen Blätter die erwartete, neue Aera mit dem prophetischen Rufe einleiten: „Eine entscheidende Stunde für Deutschland ist wieder einmal nahe" und ihre Betrachtungen mit der frohlockenden Versicherung schließen, daß der Weizen des Centrums anfange, reif zu werden. Hätte die Autorität der Regierung allein einen Wechsel in der Stellung der Klerikalen wie der anderen oppositionellen Parteien herbeigeführt, so würden wir uns dessen freuen, auch wenn die nationalen Parteien einmal Grund zu Unzufriedenheit besäßen; jetzt aber, wo die Letzteren sich systematisch in die Opposition gedrängt fühlen, wo das Centrum und die Linke ganz entgegengesetzten Maximen folgen, wo die Furcht vor dem Eingreifen des Fürsten Bismarck zum politischen Hauptmotiv geworden zu sein scheint, kann man die entgegenkommende Haltung der bisherigen Opposition nur mit tiefem Mißtrauen erblicken und man wird genöthigt, in der bunt zusammengewürfelten Majorität nicht eine Stärke, sondern eine Schwäche der gegenwärtigen Regierung zu sehen.

Als eine hervorragende Schwäche des gegenwärtigen Systems kann man es auch betrachten, daß dasselbe ausschließlich mit Parlamentsmehrheiten, nicht aber mit den tiefgehenden Regungen der Volksseele rechnet. Die, um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen, durchaus neutrale Haltung in der Judenfrage, vor Allem aber die ablehnende Stellung in der Handwerkerfrage, die sicherlich eine ebenso starke Berücksichtigung verdient wie die Arbeiterfrage, lassen die Befürchtung mehr und mehr aufkommen, daß gerade das schließlich erzielt wird, was mit aller Kraft vermieden werden soll, ein Hinüberfließen des Mittelstandes in das Lager der Sozialdemokratie. Wir werden in Kurzem Gelegenheit haben, zu konstatiren, ob die Reichsregierung den Handwerkern gegenüber denselben kalt ablehnenden Standpunkt beizubehalten gedenkt, den leider Herr v. Bötticher in der Reichstagsverhandlung über das Innungswesen den Abgeordneten und Handwerksmeistern Bichl und Metzner gegenüber zu betonen für gut befand. Denn in wenigen Tagen soll in Berlin ein allgemeiner Handwerkertag zusammentreten, der vor Allem über den Befähigungsnachweis, und die Einführung von Zwangsinnungen Beschluß fassen soll. Man hat ja allerdings vom Regierungstische aus sich bereit erklärt, der Frage von Handwerkerkammern näher zu treten, aber wir fürchten, daß diese ungefähr die Bedeutung des selig entschlafenen Volkswirthschaftsrathes erlangen werden, zumal ein bureaukratisches Gefüge immer nur den Umriß giebt, der mit einem neuen, handwerkerfreundlichen Geiste ausgefüllt werden müßte.

Der Haupteinwand, welcher gegen die Forderung des Handwerkes, das Recht zur Existenz zu bewahren, oft recht gedankenlos erhoben wird, besteht in der Versicherung, daß das Handwerk sich überlebt habe, seit der rastlose Menschengeist durch immer neue Entdeckungen und Erfindungen die Maschinenthätigkeit an die Stelle der Handarbeit gesetzt hat. Diese Maschinenthätigkeit aber kommt ausschließlich dem Capitalismus zu Gute, weil sie in den allermeisten Fällen große Geldmittel erfordert. Wäre nun nicht die logische Folgerung hieraus die, daß das zu Grunde geht, was sich überlebt hat? Nun, diesem Einwande gegenüber steht denn doch Mancherlei. Zunächst die Staatsraison. Kann der Staat es vertragen, daß die der Vernichtung preisgegebenen Elemente sich der ihm prinzipiell feindlich gesinnten Partei anschließen, kann er es weiter mit seiner Pflicht, der Gesammtheit zu dienen, vereinbaren, einen ganzen Stand aufzugeben, gut, dann mag das Handwerk und mit ihm der gesammte Mittelstand dem Tode geweiht sein und der Organismus der Zukunftswelt nur Capitalisten und Proletarier aufweisen. Kann er es nicht, so muß er auf Abhilfe sinnen und vor Allem die Vorschläge acceptiren, welche ihm die durchaus maßvollen und besonnenen Führer der Handwerkerbewegung unterbreiten. Der Staat wird hierbei auch vor die Frage gedrängt, ob er das producirende Handwerk oder den nicht producirenden Handel höher bewerthet und er wird bei dieser Gelegenheit allerdings eine andere Antwort geben müssen, als bei der Berathung der Handelsverträge, in denen der Producent gegen den Händler tief in den Hintergrund gestellt wurde. Will andererseits der Staat in wirksamer Weise zur Erhaltung des Mittelstandes mitarbeiten, dann muß er sich frei wissen von der Sentimentalität, mit welcher das verhängnißvolle Erbe Laskers wie ein Heiligthum der deutschen Nation gewahrt wird, dann muß er aufräumen vor Allem mit der schrankenlosen Gewerbefreiheit, welche als die Axt diente, um die Wurzel des deutschen Handwerkes zu zerhauen, dann muß er sich auch einen Ueberschlag darüber machen, ob es gut ist, die fahrenden Schaaren der Internationale zu ernähren auf Kosten jener deutschen Männer, die er darauf anweist, am Hungertuche zu nagen. Wir besaßen in Sachsen in früheren Zeiten schon eine Gewerbefreiheit, die sich an den Namen des Geheimen Rathes Weinlich knüpfte; hier hatten wir das Muster einer Ordnung, die keineswegs engherzig war und doch dem Mittelstande zum Segen gereichte. Vielleicht dient sie unseren Handwerksmeistern, wenn sie demnächst nach Berlin gehen, als Grundlage für ihre Forderungen, die nothgedrungen in dem Umsturz der Lasker'schen Errungenschaften gipfeln müssen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. Januar.

Berlin. Reichstag. Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung mit einer Begrüßung der Abgeordneten im neuen Jahre. Auf der Tagesordnung 2. Berathung des Etats. Zum Etat des Reichstages beantragen die Freisinnigen, den Bundesrath zu ersuchen, eine Aenderung der Reichsverfassung dahin herbeizuführen, daß die Reichstagsabgeordneten aus Reichsmitteln Diäten und Reisekosten erhalten. — Abg. Dr. Baumbach (freis.) begründet den Antrag, welcher demnächst sein 25jähriges Jubiläum feiern könne. 1887 habe Fürst Bismarck das Zustandekommen der Bundesverfassung von der Ablehnung dieses Antrages abhängig gemacht. Ihm sei der Berufsparlamentarier immer ein Dorn im Auge gewesen. Inzwischen werde man aber wohl zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß der Berufsparlamentarier immer noch besser sei, als der Abgeordnete für Otterndorf, dessen Platz stets frei bleibe. Als ein konservatives Gegengewicht gegen das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht könne die Diätenlosigkeit nicht mehr gelten. Die Beseitigung dieses Wahlrechts werde aber Niemand wagen wollen. Die Diätenlosigkeit habe der Opposition nicht geschadet und sie habe die radikalen Elemente nicht ferngehalten. Damit sei aber ihr Zweck verfehlt. Die Versagung von Diäten sei nicht eine Korrektur des allgemeinen Wahlrechts, sondern ein Widerspruch gegen dasselbe. Infolge der Diätenlosigkeit seien die kleinen Landwirthe und die Handwerker im Reichstage nur schwach, der große Stand der Volksschullehrer überhaupt nicht vertreten. Was die Arbeiter betreffe, so spielten sich zwar die Sozialdemokraten als Arbeitervertreter auf, aber in der sozialdemokratischen Fraktion säßen vorwiegend Schriftsteller und Redakteure. Die Gewährung von Diäten werde das Ansehen des Reichstages stärken und damit die Reichsidee und das Reich selbst. — Abg. Haberland (Centr.) befürwortet Diätenbewilligung; dem Volksmann würde ohnehin eine Reihe von Ausgaben angesonnen, die ihn genug belasteten. — Abg. Dr. v. Bennigsen (nat.-lib.) ist im Prinzip für Diätenbewilligung, hält es aber nicht für opportun, z. B. eine Verfassungsänderung anzuregen, weil damit eine Reihe anderer Fragen, so die des Wahlrechts aufgeworfen würde. — Abg. Dr. Behr (Reichsp.) und v. Helldorf (konf.) sprechen gegen den Antrag. Durch die Gewährung von Diäten würde das hohe Ansehen, welches der Reichstag genieße, nur geschädigt. Außerdem würden dadurch Berufsparlamentarier hervorgerufen, was nicht erwünscht sein könne. Die mit dem allgemeinen Wahlrecht verknüpften Nachtheile würden bei der Diäten-Gewährung stärker als bisher hervortreten und auch die Wahlagitation würde an Schärfe gewinnen. — Abg. Dr. Liebert (Centr.) bestreitet, daß durch die Diäten das Ansehen des Parlaments leiden könnte. Im Gegentheil sage man jetzt zum Volke, daß im Reichstage nur Leute säßen, denen es ihr Geldsack ermöglichte, ein Mandat anzunehmen. Dieses Wahlmonopol sei zu beseitigen. Nicht das allgemeine Wahlrecht, sondern der frühere Reichskanzler habe die Wahlagitation auf dasjenige Niveau herabgedrückt, auf dem sie fast zur Unerträglichkeit werde. — Abg. Bebel (Soz.): Ueber die Diätenfrage sei nicht mehr zu debattiren, sondern zu decretiren. Die Sozialdemokratie habe übrigens keinen Nachtheil von der Diätenlosigkeit. Sie könne nicht blos ihren Abgeordneten Diäten gewähren, sondern auch nöthigenfalls noch anderen Parteien etwas abgeben. (Heiterkeit.) Benachtheiligt wurden nur die bürgerlichen Parteien, deren Wähler nicht so opferwillig wären. Nicht die Diätenlosigkeit, sondern das allgemeine Wahlrecht habe das Ansehen des Reichstages gehoben. In dem Moment, in dem man die Axt an das Wahlrecht lege, schädige man das Ansehen des Reichstages auf's Tiefste. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht mehr Arbeiter seien, so rühre es daher, daß sie von den Arbeitgebern gemaßregelt würden, sobald sie als sozialdemokratische Agitatoren auftränten. Die Diäten des Bundesrathes haben das Ansehen nicht gemindert, auch die Erhöhung der Civilliste habe solche Erwägungen nicht veranlaßt, obwohl sie da mehr am Platze gewesen wären. — Abg. Werner (Antis.) spricht für die Diätenbewilligung. Wollten die vornehmen konservativen Herren auf die Diäten verzichten, so könnten sie sie ja den Armen geben. Die kleineren Handwerker und Landwirthe könnten hier erst nach Gewährung von Diäten zu einer Vertretung kommen. — Abg. Stöcker (konf.) vertheidigte den Fürsten Bismarck gegen die Angriffe, welche wider denselben gerichtet wurden. Diese Angriffe seien nicht zu billigen, und Bismarck habe ganz recht gehandelt, wenn er schließlich auf einen groben Klotz einen groben Keil setzte. Er, Redner, habe vom Fürsten Bismarck eher Hinderung als Förderung erfahren. In der Diätenfrage könne er dem Abg. v. Helldorf nicht zustimmen. — Abg. Dr. Liebert (Centr.) begründet seine Angriffe gegen den früheren Reichskanzler mit dessen persönlichem Auftreten. — Präs. v. Levetzow erklärt, daß er derartige Angriffe auf ein Mitglied des Hauses nicht dulden könne. — Abg. Richter (freis.): Nur mit Zustimmung des Fürsten Bismarck habe Stöcker überhaupt in den Reichstag gelangen können. Jetzt komme es nicht darauf an, ob Stöcker den Fürsten Bismarck vertheidige. Die Uhr beider Herren sei abgelaufen. — Abg. Stöcker erklärt es für unrichtig, daß Fürst Bismarck, wie Richter gemeint, irgendwelchen Einfluß auf die antisemitische Bewegung gehabt. Die letztere sei durchaus volksthümlich und komme aus dem Herzen des Volkes. — Abg. Richter: Der Antisemitismus habe ausgespielt und werde nur noch von unzufriedenen Agrariern künstlich über Wasser gehalten in den ländlichen Gegenden, wo das antisemitische Schauspiel noch neu sei. — Abg. Stöcker bestreitet entschieden, daß die antisemitische Bewegung aus unedlen Motiven hervorgegangen sei. — Abg. Bickenbach (Antis.) konstatirt, daß sich die ehemaligen Fortschrittler dem Antisemitismus zuwenden, weil sie erst hier wahre Freiheit und Fortschritt fänden. — Abg. Singer (Soz.) stimmt mit dem österreichischen Reichsrathsmitgliede überein, das den Antisemitismus als den Sozialismus der dummen Kerle bezeichne. Wenn die Leute klar dächten, würden sie sich zu dem Sozialismus bekennen. Er denke vom Antisemitismus nach dem Grundsatze Feuerbachs: Von der Dummheit gehaßt zu werden, ist ehrenvoll, von der Gemeinheit gehaßt zu werden, ist beneidenswerth. Schließlich wird der Diätenantrag angenommen und damit der Etat des Reichstages. Morgen Fortsetzung der Etatsberathung.

Berlin. Heute Nachmittag 1 Uhr hat der Kaiser von dem Erzbischof v. Stablewski den vorgeschriebenen Eid persönlich entgegengenommen. Nachdem der Erzbischof vom Kultusminister präsentirt worden war, hielt er eine Ansprache an den Kaiser, in der er seinen Dank für die Bestätigung seiner Wahl ausdrückte. Dann schloß sich die eigentliche Eidesleistung. Der Erzbischof gelobte dem Landesherren unterthänigst, treu, gehorsam und ergeben zu sein, dahin streben zu wollen, daß in die Gemüther der seiner bischöflichen Leitung anvertrauten Geistlichen und Gemeinden die Gesinnungen der Ehrfurcht und Treue gegen den König, die Liebe zum Vaterland, der Gehorsam gegen die Gesetze, alle jene Tugenden, die in dem Christen den guten Unterthanen bezeichnen, mit Sorgfalt gepflegt werden, und daß er nicht dulden wolle, daß von der untergebenen Geistlichkeit im entgegengesetzten Sinne gelehrt und gehandelt werde. Der Kaiser schloß den feierlichen Akt mit einer Ansprache an den Erzbischof, worin es hieß: Ich erwarte, daß es Ihnen gelingen wird, soweit dies Ihres Amtes ist, die Gegensätze zu versöhnen, welche bei Kindern eines Landes eine Berechtigung haben, und daß Sie in den Ihrer bischöflichen Obhut anvertrauten Diocesanen den Geist der Ehrfurcht und Treue gegen mich und mein Haus, des Gehorsams gegen die von Gott geordnete Obrigkeit, der Achtung vor den Gesetzen des Landes, sowie der Eintracht unter den Bewohnern desselben pflegen und nähren werden. Ich hege diese Erwartung mit um so größerer Zuversicht, da Sie diese Grundsätze selbst als die Ihrigen ohne Scheu verkündet und mir dadurch die Gewähr geboten haben, daß der Hirtenstab der Diöcese fortan in einer festen treuen und gerechten Hand ruhen wird.

Berlin. Zum Geburtstag des Kaisers werden Ihre Hoheiten Prinz und Prinzessin Friedrich August von Sachsen hier erwartet. — Die Taufe des Sohnes des Prinzen Leopold findet am 31. d. statt. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht an der Spitze seines amtlichen Theiles folgendes Telegramm des Kaisers. An den General der Infanterie v. Alvensleben. Der heutige Tag ruft in mir die Erinnerung an den für das 3. Armeekorps bedeutungsvollen Abschluß einer Zeit großer kriegerischer Erfolge wach — an den Entscheidungstag von Le Mans. Ich habe daher beschlossen, Ihnen und damit Ihrem früheren braven Korps eine Auszeichnung zu verleihen, von der ich überzeugt bin, daß sie zugleich im Sinne meines in Gott ruhenden Herrn Großvaters erfolgt. Ich verleihe Ihnen hiermit meinen hohen Orden vom Schwarzen Adler. Wilhelm Rex. — Der Kommandeur des ostpreußischen Dragonerregiments Nr. 10, Oberstleutnant v. Ravel, erhielt das Komthurkreuz 2. Klasse des sächsischen Albrechtsordens. — Die Freisinnigen beantragen im Reichstage zum Handelsvertrag mit der Schweiz, die Regierung zu ersuchen, mit den Vertragsstaaten eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß ein Schiedsgericht eingesetzt werde, welches alle bei der Auslegung und Anwendung der Handelsverträge etwa entstehenden Streitigkeiten gütlich beizulegen hat. Die Generaldebatte wurde eröffnet. 35 Redner sind für, 44 gegen die Verträge eingetragen.

Wien. Das Abgeordnetenhaus begann die Berathungen der Handelsverträge. Die Berichterstatter der Majorität und Minorität begrüßten den Abschluß der Verträge. Letztere empfahl jedoch die Annahme des Minoritätsantrages auf Zurückweisung des italienischen Vertrags an die Regierung, da ganze Landestheile, namentlich Dalmatien, durch die Bestimmungen der italienischen Weinzölle geradezu ruinirt würden.

Bern. Die mit der Vorbereitung der Handelsverträge betraute Kommission des Nationalraths empfiehlt die Genehmigung und Ratifikation der Verträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn trotz mehrfacher Bedenken.

Paris. Die berühmte Abtei Fécamp, in welcher der bekannte Benediktiner-Liqueur fabricirt wird, ist vergangene Nacht niedergebrannt. Der Schaden wird auf 2 Millionen geschätzt.

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kinder-Milch.** Trocken-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41 42